

## **Pressemitteilung**

Der Bürgerinitiative „Für ein lebenswertes Werratal“

26.09.2016

### **Jahrelanger Gesundheitsgefährdung durch Schwermetalle wurde nicht nachgegangen**

Seit Jahren fragen wir ausgehend von hohen Krebsraten in unserer Region bei den Behörden in Hessen und Thüringen und bei K+S nach, ob von den Kalirückstandshalden eine Gesundheitsgefährdung durch Verwehungen oder durch Haldenabwässer für die Bevölkerung ausgeht.

Immer hieß die Antwort, kein Problem, alle Grenzwerte liegen im zulässigen Bereich.

Jetzt auf einmal stellt man fest, dass schon seit Jahren, vielleicht schon seit Jahrzehnten das Grundwasser und auch Fließgewässer um Unterbreizbach lokal durch Schwermetalle hochgradig belastet sind. Die Ursache wären versickernde Abwässer der Hattorfer Halde, die durch chemische Reaktionen Schwermetalle freisetzen.

Die Ursachenforschung ist das eine, jedoch der Schutz der Bevölkerung muss im Vordergrund stehen.

Deshalb ist es skandalös, dass hier wissentlich über längere Zeit gegen Gesetze verstoßen worden ist und damit die Bevölkerung möglicherweise über längere Zeit mit krebserregenden Schwermetallen in Berührung gekommen ist.

Sich jetzt der Verantwortung entziehen zu wollen, wie z.B. das Hessische Umweltministerium, mit dem Argument, dass ja das Trinkwasser nicht belastet sei, ist völlig inakzeptabel aber nicht untypisch wenn es um die Entsorgungsprobleme von K+S geht, denn allzu oft verhalten sich hier die Behörden destruktiv und werden erst aktiv, wenn ihnen Fehlverhalten nachgewiesen wird.

Von Interesse ist nun, wie K+S und die zuständigen Behörden reagieren, denn Schwermetalle lassen sich nicht durch eine Landesgrenze aufhalten, das heißt, wie sieht es auf der hessischen Seite aus. Ebenfalls wäre schnellstens zu klären, ob die gleichen Probleme in der Umgebung der anderen Großhalden in Neuhof/Ellers und Heringen auftreten.

Die Bevölkerung in unsere Region ist angesichts dieser Gefahrensituation verunsichert und verliert zunehmend das Vertrauen in das rechtsstaatliche Handeln der Behörden. Sie hat deshalb das Recht umfassend zu erfahren, wie dieser unhaltbare Zustand beseitigt wird und wie man zukünftig durch eigene umfassendere Kontrollen der Umweltgesetzgebung gerecht wird.

Klaus Reinhardt